

Annäherung und erste Begegnung

Zum Kreis jener westeuropäischen Spitzenpolitiker, die den Glauben an den Erfolg der Entspannungspolitik nicht aufgegeben hatten und sich deshalb auch während der frühen 1980er Jahre unablässig darum mühten, den Ost-West-Dialog wieder in Gang zu bringen, gehörte zweifellos Willy Brandt. »Zu diesem großartigen Menschen, einem der größten Politiker unserer Zeit, entwickelte sich mit der Zeit ein freundschaftliches Verhältnis«, betonte Michail Gorbatschow 1995 in seinen Memoiren.¹⁰ Angesichts solcher Einschätzungen stellt sich die Frage, wie und vor welchem Hintergrund sich die politische Annäherung zwischen dem am 11. März 1985 ins Amt gewählten KPdSU-Generalsekretär und dem westdeutschen Sozialdemokraten anbahnte. Welche Motivation gab hierfür den Ausschlag? Wie nahmen sich die beiden Politiker gegenseitig wahr und inwieweit versuchten sie, einander zu beeinflussen bzw. sich für ihre politischen Zwecke zu instrumentalisieren? Gorbatschow selbst sprach gegen Ende seiner politisch aktiven Jahre gelegentlich davon, im Verlauf der Perestroika eine »Sozialdemokratisierung« durchlebt zu haben. Manch sozialdemokratischer Akteur jener Zeit bilanzierte deshalb im Rückblick, der sowjetische Generalsekretär sei das »fleischgewordene Ergebnis der Ostpolitik und damit letztlich ein Geschöpf der SPD« gewesen.¹¹ Doch inwieweit sind derartige Wertungen historisch begründet?

10 Michail Gorbatschow: *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 1000.

11 So eine Einschätzung des Historikers Frank Fischer: »Im deutschen Interesse.« *Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989* (= *Historische Studien*, Bd. 464), Husum 2001, S. 223. – Zu diesem Urteil kommt auch Wilfried Loth: *Willy Brandt, Michail Gorbatschow und das Neue Europa*, in: Andreas Wilkens (Hrsg.): *Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung* (= *Willy-Brandt-Studien*, Bd. 3), Bonn 2010, S. 413–432.

Es war ein Politikum, dass Willy Brandt als erster westlicher Politiker bereits am 27. Mai 1985 mit dem neuen sowjetischen KP-Chef in Moskau zusammentraf. Nicht der Bundeskanzler der in Bonn regierenden konservativ-liberalen Koalition oder gar ein anderer führender westlicher Regierungschef bekam die Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch mit dem mächtigsten Mann der östlichen Supermacht, sondern ein westdeutscher Oppositionspolitiker. Wenn Gorbatschow sich zu einem solchen Schritt entschieden hatte, dann gab es dafür gute Gründe. Zur Bundesregierung waren zum damaligen Zeitpunkt die politischen Beziehungen hochgradig gestört, weil sie sich innerhalb des westlichen Bündnisses als eine der loyalsten Parteigängerinnen der Vereinigten Staaten erwies. Helmut Kohl und seine Regierungskoalition hatten im November 1983 dem NATO-Doppelbeschluss die parlamentarische Legitimation verschafft. Dadurch wurde der Weg für eine militärische Nachrüstung mit amerikanischen atomaren Mittelstreckenraketen auf dem westdeutschen Territorium freigemacht. Als sich im März 1986 die Bonner Regierungskoalition überdies noch darauf verständigte, am US-amerikanischen SDI-Projekt mitzuwirken, das einen gigantischen weltraumgestützten Abwehrschirm gegen sowjetische Interkontinentalraketen vorsah, gab es aus Moskauer Sicht vorerst keinen Anlass mehr, auf verbesserte Beziehungen zur Bundesregierung hinzuwirken.

Wesentlich aussichtsreichere Handlungsoptionen schienen sich dagegen im Verhältnis zur SPD abzuzeichnen. Mit Willy Brandt versuchte Gorbatschow nunmehr in Zeiten des neu entbrannten Wettrennens den Dialog zu einem international renommierten Sozialdemokraten aufzubauen, der als Initiator der »Neuen Ostpolitik« und des Moskauer Vertrags vor allem auch in der UdSSR nach wie vor hohes Ansehen genoss. Überdies war der SPD-Politiker Vorsitzender der weltweit größten sozialdemokratischen Partei. Zugleich leitete er die Sozialistische Internationale (SI). Brandt galt daher als eine vor allem



Besuch des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in Moskau, 27. Mai 1985.

in politisch links stehenden Kreisen gut vernetzte und überaus einflussreiche Persönlichkeit. Weitaus schwerer wog indes die Tatsache, dass Willy Brandt eine SPD repräsentierte, die sich seit Oktober 1982 als Oppositionspartei gegenüber der Bonner Regierungskoalition besonders auf sicherheitspolitischem Gebiet zu profilieren suchte. Die westdeutschen Sozialdemokraten hatten sich unter seiner Führung mehrheitlich auf eine Nebenaußenpolitik verlegt, der der Gedanke einer Ost und West verbindenden »Gemeinsamen Sicherheit« zugrunde lag, oder wie Egon Bahr damals formulierte: »Es gibt nicht mehr Sicherheit gegen den möglichen Feind, sondern es gibt nur noch Sicherheit mit ihm zusammen.«¹² Um in dieser Hinsicht erfolgreich

12 Egon Bahr: Was wird aus den Deutschen? Fragen und Antworten, Reinbek 1982, S. 26.

zu sein, bedurfte es dringend einer zweiten »Neuen Ostpolitik«. Über sie sollte das gerade in Zeiten des Wettrüstens verloren gegangene Vertrauen zurückgewonnen werden. Im Unterschied zu den Bonner Regierungsparteien sahen sich die Sozialdemokraten hier in einer vorteilhaften Lage. Sie konnten an die seit den Jahren der »Neuen Ostpolitik« bestehenden Kontakte zu den kommunistischen Parteien in Osteuropa, allen voran zur KPdSU, anknüpfen und sie pflegen. In diesem Sinne plädierte Willy Brandt bereits im November 1983 am Rande einer Begegnung mit einer Delegation der theoretischen KPdSU-Zeitschrift *Kommunist* in Bonn dafür, die Parteibeziehungen systematisch weiterzuentwickeln.¹³

In Moskau wurde all dies sehr wohlwollend registriert. Das galt einmal mehr, als im Mai 1984 die SPD auf ihrem Essener Parteitag die politische Wende zu einer neuen Sicherheitspolitik festlegte und sich abermals deutlich vom außenpolitischen Kurs der Bundesregierung absetzte. Die sowjetische Seite zeigte sich – anders als die amerikanischen Bündnispartner – überaus erfreut. In den »Beschlüssen gebe es interessante Teile, die punktuell im Gleichklang mit der sowjetischen Position stünden (die Passagen über Gewaltverzicht, C-waffenfreie Zonen, atomwaffenfreie Zonen, Freeze, Weltraum, Kriegsverhütung)«, gab der sowjetische Diplomat und Abrüstungsexperte Juli Kwizinskij gegenüber Brandts Vertrautem Egon Bahr kurz nach dem SPD-Kongress zu verstehen.¹⁴

13 Vgl. Aufzeichnung des Gesprächs des Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, mit einer Delegation der KPdSU in Bonn am 29. November 1983 [Auszug], in: Willy Brandt. Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage, 1982–1992. Bearb. von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt (= Berliner Ausgabe, Bd. 10), Bonn 2009, S. 172–175, bes. S. 174.

14 Zit. nach Fischer: Ostpolitik der SPD (wie Anm. 11), S. 228.